

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion

Hans Theo Klug

in der Sitzung des Rates der Stadt Brühl am Montag, dem 14.12.2015

(Freigabe: Montag, 14.12.2015, Beginn der Rede)

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

interessanterweise kündigte der Bürgermeister bei der Einbringung des Haushaltes am 26.10.2015 im wesentlichen keine neuen Projekte an. Der zur Verabschiedung anstehende Haushalt 2016 ist insgesamt von der Fortführung bzw. Umsetzung von in der Vergangenheit begonnenen oder angestoßenen Projekten gekennzeichnet.

So können wir auf Basis des vorgelegte und in den Beratungen fortgeschriebenen Haushaltsentwurfes im kommenden Jahr unseren Akzenten Rechnung tragen, als da wären:

- Ostzugang Balthasar-Neumann-Platz
- Römerstraße: Ampelschaltung und Verkehrsfluss
- Projekt Uhltor
- Kindertagesstätten
- Schulraumplanung
- Linie 18
- Baugebiete Otto-Wels-Str./Alte Bonnstr., südlich Friedhof, Pehler Feldchen
- Brandschutzbedarfsplan
- Rathaus B
- Sportplatz Vochem
- Mobilität und Verkehr

Bemerkenswert waren allerdings die Ankündigung, die Aktion „Achtet auf Brühl“ digital anzubieten und weiteres Personal einzustellen. Meiner Fraktion stellte sich sofort die Frage, inwieweit die Ausweitung der Aktion „Achtet auf Brühl“ sächlich und personell Kosten verursachen würde. Die Beantwortung der Frage kann dem Stellenplan entnommen werden, er weist nämlich eine entsprechende Stelle aus.

Der vorgelegte Entwurf des Haushaltes wies Gott sei Dank einen rechnerisch ausgeglichenen Haushalt aus, so dass ein Abgleiten in ein Haushaltssicherungskonzept nicht zur Debatte steht. Von einem strukturell ausgeglichenen Haushalt kann natürlich nicht die Rede sein, da der rechnerische Ausgleich des Haushaltsentwurfes nur mittels der Erhöhung der schon 2015 in der Finanzplanung vorgesehenen Erhöhung der Grundsteuer B auf 600 Prozentpunkte, durch eine Sonderausschüttung der Stadtwerke in Höhe von 7,5 Mio. € und durch den Rückgriff auf die Allgemeine Rücklage erzielt werden konnte. Bei letzterer Maßnahme konnte die bekannte Fünf-Prozent-Schranke gerade noch unterlaufen werden.

Die Ausführungen des Kämmerers zur Einbringung des Haushaltes machten mehrfach die Problemlage unserer Stadt wie auch die allgemeine Problemlage von Städten und Gemeinden deutlich.

So frisst die für 2016 im Doppelhaushalt des Kreises geplante Erhöhung der Kreisumlage fast die Hälfte der Mehreinnahmen nach Erhöhung der Grundsteuer B auf. Bei einem Einzelhaushalt des Kreises für das Jahr 2016 wäre die Umlage für Brühl ca. 1 Mio. € günstiger.

An diesem Beispiel zeigt sich ein Teil der grundlegenden Problematik der Gemeindefinanzierung. Gegen die Begierden und den Finanzbedarf der durch Umlagen finanzierten Gebietskörperschaften besteht de facto keine Widerstandsmöglichkeit. Trotz aller Verbesserung durch Zuweisungen des Bundes und des Landes, insbesondere angesichts der Entwicklung bei den Flüchtlingszahlen, ist die Gemeindefinanzierung in einer Schieflage.

Die seitens des Kämmerers geäußerte Unzufriedenheit mit dem in 2015 angewandten Konsolidierungsverfahren können wir nachvollziehen, zumal es auch den seitens der Mehrheitsfraktionen gemachten Verfahrensvorschlägen nicht entsprach.

Der Forderung des Kämmerers, bei künftigen Konsolidierungsbemühungen den Ressourcenverbrauch in Summe festzulegen und bei der Festlegung von Prozentsätzen die nicht beeinflussbaren Faktoren heraus zu rechnen, sollte man unbedingt Folge leisten.

Entscheidend für Konsolidierungsbemühungen ist der Vergleich der Finanzmasse – 39,6 Mio. € im Etatentwurf – mit den Defiziten der Produktbereiche – 50,6 Mio. € im Etatentwurf. Die beiden genannten Zahlen machen die Schwere der Haushaltskonsolidierung mehr als deutlich. Angesichts dieses Vergleiches wird auch deutlich, dass die Verbesserung der Einnahmeseite durch die Erhöhung der Grundsteuer B letztlich nicht zu vermeiden war.

Erstaunlich ist, dass die SPD-Fraktion in Anlehnung an die Position der Fraktion von Linken und Piraten im Zuge der Etatberatungen den Antrag gestellt hat, die Grundsteuer statt um 150 Punkte um 100 Punkte, dafür aber auch die Gewerbesteuer um 50 Punkte anzuheben, obwohl der Bürgermeister so wie in der Vergangenheit auch in diesem Jahr in aller Deutlichkeit ausgeführt hat, dass er keine Erhöhung der Gewerbesteuer will, weil er eine solche Erhöhung auf Grund der sich dann ergebenden Doppelbelastung der Gewerbetreibenden für kontraproduktiv hält.

Meine Damen und Herren, der Bürgermeister ist bei der Abstimmung des SPD-Antrages im Hauptausschuss konsequent geblieben und hat den Antrag seiner eigenen Fraktion zusammen mit CDU, Grünen und FDP abgelehnt. Mit dieser Entscheidung ist auch eine Mehrbelastung der Bürger und Gewerbetreibenden in Höhe von ½ Mio. € im Vergleich zur ausschließlichen Erhöhung der Grundsteuer B vermieden worden

Die Erfahrung des vergangenen Jahres hat gezeigt, dass eine wirklich nachhaltige Haushaltskonsolidierung äußerst schwierig ist und Erfolgsaussichten nur dann hat, wenn Rat und Verwaltung willens sind, in allen Produktbereichen Standards auf den Prüfstand zu stellen. Mit einem Verfahren, wie es 2015 praktiziert wurde – die SPD hat sich ja leider einem vorbereitenden nichtöffentlichen interfraktionellem Arbeitskreis widersetzt - ist diese Aufgabe nicht zu lösen, obwohl einvernehmlich durchaus Ergebnisse erzielt werden konnten, ohne Grundstrukturen zu gefährden.

Meine Damen und Herren, für Politspielchen und Verweigerung, um die eigene wohlthätige Position hervorzuheben und den anderen in die Ecke des „bösen Buben“ zu stellen, ist kein Platz mehr. Als Beispiel mag hier das Verhalten des Bürgermeisters im Zuge der Diskussion um den zusätzlichen Urlaubstag der städtischen Bediensteten dienen. Vom Bürgermeister wird der Verwaltungsvorschlag vorgelegt, den zusätzlichen Urlaubstag zu streichen. Der Hauptausschuss konnte und musste auf Grund des Verfahrens davon ausgehen, dass dieser Vorschlag in der Verwaltung, d.h. auch mit dem Personalrat, abgestimmt war. Der Vorschlag wurde einstimmig und mit der Stimme des Bürgermeisters angenommen.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass der Bürgermeister den Sachverhalt in der Personalversammlung dergestalt darstellt, dass er nur in Summe die Vorschläge des Gemeindeprüfungsamtes vorgelegt habe und einzig die Politik die Streichung des zusätzlichen Urlaubstages zu verantworten habe und er alles unternehmen werde, um eine Revision des Beschlusses zu erreichen. Nein, meine Damen und Herren, der Einsparvorschlag rangierte unter der Rubrik „Eigene Sparvorschläge der Verwaltung“ und der Bürgermeister hat diesem Vorschlag im Hauptausschuss zugestimmt.

Offensichtlich aber besitzt unser Bürgermeister eine solch magische Ausstrahlung, dass – wie es einem Rundschreiben der Personalratsspitze zu entnehmen ist – diese ihn als großen Retter des Urlaubstages feiert und nicht zur Kenntnis genommen hat, dass er selbst dem Vorschlag zugestimmt hat, obwohl es im Protokoll nachzulesen war.

Es sei hier noch angemerkt, dass die fehlerhafte Erfassung von Sitzungsabläufen und Beschlüssen durch die Personalratsspitze schon bei den Beratungen zum Haushalt 2015 auftrat. Trotz des wiederholten Fauxpas hoffe ich immer noch, dass sich hier nicht die Implementation eines Brauchtums angekündigt hat, das ja für den Rheinländer bei der zweiten Wiederholung, also beim dritten Ereignis, beginnt.

Ohne fundierte Verwaltungsvorschläge ist eine nachhaltige Konsolidierung nicht möglich, da die Politik die dazu notwendigen Sach- und Personalressourcen nicht hat. Deshalb muss der Bürgermeister als Chef des Konzerns Stadt Brühl nun weitreichende Vorschläge machen. Durchsetzbar und vermittelbar sind wirksame Maßnahmen aber nur, wenn sie in Einigkeit von Verwaltung und Rat mit großer Mehrheit präsentiert werden. Das setzt aber eine Vorgehensweise voraus, wie wir sie schon Anfang des Jahres vorgeschlagen haben. Die CDU-Fraktion hofft inständig, dass wir gemeinsam zu einem Weg finden, der die Präsentation von Konsolidierungsmaßnahmen ermöglicht, die von einer breiten Mehrheit getragen werden.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz auf einige wichtige Punkte eingehen:

- Der Verzicht auf die Wiederbesetzung der dritten Dezernentenstelle – heute angesiedelt im Dezernat II - war für das vergangene Jahr das non plus ultra der Einsparvorschläge von SPD, Linke/Piraten und FDP. Angesichts der aktuellen Lage – konkret Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge - und der überproportionalen Auslastung des Dezernates II müssten normalerweise Dankadressen an die Koalitionsfraktionen kommen.
- Das im Koalitionsantrag vom April 2015 vorgegebene Ziel, im Haushalt 2016 eine Einsparung von einem 1% im Vergleich zu 2015 aufzuzeigen, wurde erreicht.
- Mit der Gründung der ÄÖR ist der Haushalt um ½ Mio. € entlastet.
- Selbst in dem sensiblen Bereich des TEP 36 02 – Arbeit für Kinder und Jugendliche - konnten vorsichtige Kürzungen vorgenommen werden. Es wurde sehr genau darauf geachtet, dass präventive Maßnahmen, die mittel- und langfristig Kosten vermeiden, nicht gefährdet wurden.
- Für die KUMS erfolgt eine moderate Anpassung der Gebühren.
- Die Beiträge im Kinderbetreuungsbereich werden an die landesüblichen Sätze angeglichen. Gleichzeitig wird aber auch sicher gestellt, dass weitere notwendige Plätze – es geht um zwei weitere Einrichtungen – geschaffen werden.
- Dankenswerterweise konnte auch die Sanierung der WC-Anlage der Pestalozzischule noch vorgezogen werden.
- Die in der Sache völlig falschen Presseberichte zum Thema „Kunstrasen für Sportplatz Vochem“ machen es nötig, an dieser Stelle für Klarheit zu sorgen:
Ein solcher Beschluss, in 2016 in Vochem keinen Kunstrasenplatz zu schaffen, ist im Hauptausschuss am 30.11.2015 nicht gefasst worden. Die Fakten sind wie folgt:
 1. Die Koalitionsfraktionen wollen – wie auch andere Fraktionen – die baldige Umwandlung des Vochemer Sportplatzes in einen Kunstrasenplatz.
 2. Dieser Wille der Politik beruht auf einem alten Beschluss, Sportplätze bei der anstehenden Sanierung in Kunstrasenplätze umzuwandeln. Dieses Programm ist nahezu abgeschlossen. Es steht nur noch die Umwandlung des Vochemer Platzes aus. Schon am 21.10.2013 hat die CDU-Fraktion für den Sportausschuss folgenden Antrag gestellt:
Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wann am Sportplatz Vochem eine Umwandlung zum Kunstrasenplatz im Zuge von Erhaltungsmaßnahmen sinnvoll ist und - falls sich die Sinnhaftigkeit für die Jahre 2015/2016 ergeben sollte- ob es machbar erscheint, die Umwandlung in diesen Jahren auch im Haushalt vorzusehen.
Dieser Antrag wurde im Sportausschuss auch so verabschiedet.
 3. Im Zuge der Beratungen für den Haushalt 2015 haben sich insbesondere die beiden Vochemer CDU-Ratsmitglieder Heinz Hepp und Hans Theo Klug erfolgreich dafür eingesetzt, dass Planungskosten in Höhe von 75.000 € in den Haushalt eingestellt wurden.
 4. Im Haushalt 2016 sind die Mittel für den Bau des Kunstrasenplatzes eingestellt.

5. Die FDP-Fraktion hat im HA am 30.11.2015 einen Sperrvermerk für diese Haushaltsposition beantragt.
6. Da derzeit für den Kunstrasenplatz noch keine planerischen Eckdaten vorliegen, macht ein Sperrvermerk Sinn. Deshalb haben wir diesem Antrag zugestimmt.
7. Sobald die planerischen Eckdaten vorliegen, können sie bewertet werden. Dabei werden die Entscheidungsträger die umfangreichen Erfahrungen, die sie bislang mit der Errichtung von Kunstrasenplätzen sammeln konnten, einbringen wollen. Dazu ist der beste Weg im Interesse eines zukunftsorientierten Kunstrasenplatzes in Vochem ein Sperrvermerk, der die Gelder, aber auch die Einbeziehung der politischen Verantwortungsträger gleichermaßen sicherstellt.

Zentraler Punkt unserer Haushaltsberatungen, meine Damen und Herren, war die im Haushaltsentwurf geplante Sonderausschüttung der Stadtwerke in Höhe von 7,5 Mio. €. Das Ergebnis unserer Recherchen war, dass eine so hohe Sonderausschüttung spürbar und langfristig die Ertragslage unserer Stadtwerke bei den Netzentgelten und damit auch die Ertragslage des Gesellschafters Stadt Brühl beeinträchtigt. Sicherlich ist es richtig, dass im Notfall die Töchter der Mutter helfen, so wie in anderen Zeiten die Mutter die Töchter unterstützt hat. Doch können Sonderausschüttungen nicht die Regel sein, da dann die Wirtschaftlichkeit der Töchter nachhaltig gestört wird. Es muss erklärtes Ziel aller sein, die Wirtschaftlichkeit und Handlungsfähigkeit des Konzerns Stadt Brühl nachhaltig zu sichern. Das war auch der Grund für unseren Antrag zum Hauptausschuss am 16.11.2015.

Gott sei Dank hat sich im Zuge der Fortschreibung des Haushaltes die Lage bezüglich der Sonderausschüttung wesentlich verbessert. Bei einem jetzt zu Grunde gelegten Bedarf von gut 2 Mio. € sind wir in einer vertretbaren Größenordnung. Trotzdem muss alles getan werden, damit – wie schon in der Vergangenheit – auf die Inanspruchnahme dieser Mittel verzichtet werden kann. Einen Ansatzpunkt gibt das Grundeigentum der Stadt im neuen Baugebiet südlich des Friedhofes. Bei einer geschickten Kombination von Vermarktung und konzerninterner Nutzung eröffnet sich die Möglichkeit, bislang im Haushalt nicht aufgeführte Erlöse zu generieren und Bautätigkeit der Gebausie zu ermöglichen, wobei für die letztere Option vorausgesetzt werden muss, dass ein Engagement der Gebausie wirtschaftlich tragbar ist.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, diese Zusammenhänge zeigen deutlich die Notwendigkeit gemeinsamer Konsolidierungsanstrengungen, wenn wir nicht in zwei Jahren vor der gleichen Problematik stehen wollen, mit der Inanspruchnahme von Sonderausschüttungen der Töchter den Konzern in seiner Gesamtheit zu schwächen.

In der Schlussphase der Haushaltsberatungen wurde im Hauptausschuss am 30.11.2015 im Zuge der Dringlichkeit die Errichtung eines Containerdorfes in Brühl –Ost beschlossen. Unsere Mitglieder sahen angesichts der im Augenblick fehlenden Alternativen und angesichts der hohen Schlagzahl vorgeordneter Stellen bei der Zuweisung von Flüchtlingen keine andere Möglichkeit als zuzustimmen. Trotz der Zwangslage beunruhigt uns die zentrale Unterbringung einer so großen Zahl von Flüchtlingen. Insofern haben wir großes Verständnis für den Antrag der FDP-Fraktion zum entsprechenden Tagesord-

nungspunkt am heutigen Abend. Auch wenn wir heute keine Möglichkeit sehen, dass die Prüfung des FDP-Antrages kurzzeitig eine Alternativlösung ergeben könnte, müssen wir alles daran setzen, die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge voranzutreiben.

Im Hauptausschuss haben wir bei den Stellenplanberatungen nur den Stellen zugestimmt, die unmittelbar mit der Bewältigung der Flüchtlingsversorgung verknüpft sind. Für die weiteren vom Bürgermeister vorgeschlagenen Personalmaßnahmen haben wir eine ausführliche Begründung des Bürgermeisters gefordert. Diese Begründung ist geliefert worden und zum größten Teil für uns nachvollziehbar sind, obwohl wir immer noch ob der erheblichen Personalausweitung u.a. im ureigenen Beritt des Bürgermeisters Unbehagen besteht. Dem vorgestellten Stellenplan haben wir entnommen, dass im Dezernat des Bürgermeisters Stellen geführt werden, die kostenmäßig aber 50 und damit dem Dezernat II zugeordnet sind. Bei der bezüglich der Flüchtlinge differenzierten Verantwortlichkeit in verschiedenen Dezernaten ist aus unserer Sicht in besonderer Weise darauf zu achten, dass keine Reibungsverluste durch unzureichende Koordination oder fehlende Absprachen entstehen. Die Linke muss wissen, was die Rechte tut, und umgekehrt. Hier ist der Bürgermeister aufgerufen, für klare Strukturen zu sorgen.

Zum Stellenplan und zum Haushalt haben wir ergänzend zu den im Hauptausschuss schon erfolgten Abstimmungen heute noch folgende Anträge:

1. Streichung der Sekretariatsstelle im Bereich der Gleichstellungsbeauftragten. Im Vergleich zur Ausstattung der Leitung des Dezernates II ist die Maßnahme überzogen.
2. Die vorgesehene Mittelausstattung der GLB ist im interkommunalen Vergleich exorbitant hoch. Deshalb beantragen wir einen Sperrvermerk für 9000 € der bereit gestellten 12.100 € zu Gunsten des Hauptausschusses. Hier möchte ich nochmals klar stellen, dass keine Mittel gestrichen werden, sondern dass es einer besonderen Begründung zur Entscheidung über die Freigabe der Haushaltsmittel bedarf.
3. In Anbetracht der Tatsache, dass derzeit ein neues Raumnutzungskonzept für die Grundschulen in Arbeit ist, beantragen wir einen Sperrvermerk zu Gunsten des Hauptausschusses für die Mittel zum Ausbau des Dachgeschosses der Grundschule Badorf.
4. Einer Erhöhung der Parkgebühren stimmen wir nicht zu. Voraussetzung zur Diskussion dieses Themas ist die Fertigstellung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes. Der entsprechende Haushaltsansatz ist demzufolge fortzuschreiben.

Der von der Fraktion beantragten Stelle eines Verkehrsingenieurs stimmt die CDU-Fraktion zu. Die Erfahrung zeigt, dass Verkehrsprobleme bei allen möglichen Maßnahmen eine erhebliche Rolle spielen. Immer wieder mussten deshalb Aufträge nach außen vergeben werden, die bei entsprechender Personalressource auch kostengünstig in der Verwaltung ausgeführt werden könnten. Aktuell sei hier auf das notwendige Parkraumbewirtschaftungskonzept verwiesen.

Unter Berücksichtigung dieser Punkte und der schon im Hauptausschuss gefassten Beschlüsse stimmt die CDU-Fraktion dem Haushalt und dem Stellenplan zu.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich nochmals unserem Wunsch Ausdruck verleihen, dass es uns in gemeinsamer Arbeit gelingen möge, die Konsolidierung des Haushaltes zielorientiert voranzutreiben.

Ihnen, Herr Bürgermeister, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich namens meiner Fraktion für die geleistete Arbeit. Bei allen Meinungsunterschieden regierte die Sachlichkeit. Deshalb danke ich den Ratsmitgliedern in allen Fraktionen für die sachlichen Beratungen zum Wohle unserer Stadt. Ich wünsche ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.

Es gilt das gesprochene Wort.